



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auswirkungen der Vereinbarung über den Ausstieg aus der Atomenergie auf die Energiepolitik des Landes Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag spätestens in seiner 6. Tagung einen Bericht über die Auswirkungen der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der deutschen Energiewirtschaft über den Ausstieg aus der Atomenergie auf die Energiepolitik des Landes Schleswig-Holstein zu geben.

Im Bericht sollen u.a. die Auswirkungen auf

- die Laufzeiten der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein
- die Zwischenlagerung und Entsorgung des Atommülls
- die Arbeitsplätze an den AKW-Standorten
- die Planungen von Investitionen im Energiebereich in den AKW-Standortregionen
- die Kapazitäten der Stromnetze zur dezentralen Einspeisung
- die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) begünstigten Stromerzeugungsarten

dargelegt werden.

Gudrun Kockmann-Schadendorf
und Fraktion

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion